

Pressemitteilung

Sonntag, 30. April 2006

Leitantrag zum Bundesparteitag der WASG Beschlossen am 29.04.2006 in Ludwigshafen

Antrag PB 01-neu

Antragsteller: Antragskommission (war: Bundesvorstand)

Antragsthema: Leitantrag zum Parteibildungsprozess

Antrag:

"Es geht nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie! –
Für eine pluralistische, gesamtdeutsche Partei der Linken"

Die Urabstimmung der Mitglieder der WASG im März 2006 hat mit großer Mehrheit beschlossen, „den Parteibildungsprozess zwischen WASG und Linkspartei unter Einbeziehung der sozialen Bewegungen fortzusetzen. Am Ende dieses Prozesses soll eine neue linke gesamtdeutsche Partei stehen.“ Der Bundesvorstand ist aufgefordert, „bis Herbst 2006 den Mitgliedern Vorschläge für ein Programm, eine Satzung und den zeitlichen und organisatorischen Ablauf der Neubildung einer linken Partei zur Diskussion vorzulegen“.

Auf Basis des Votums der Urabstimmung beauftragt der 3. Parteitag der WASG den Bundesvorstand auf Basis der Beschlüsse des Länderrates vom 3.12.2005 (Leitantrag) mit folgenden weiteren Schritten im Parteibildungsprozess zwischen WASG und Linkspartei unter Einbeziehung der sozialen Bewegungen und des verstärkten Aufbaus der WASG:

1. Zum Herbst 2006 wird die mit dem - von der gemeinsamen Programmgruppe vorgelegten - programmatischen Eckpunktepapier eröffnete Debatte in einem Programmdokument zusammengefasst. Zur Debatte des Eckpunktepapiers werden regionale Programmforen angeboten, die zusammen mit der Linkspartei durchgeführt werden. Falls über wichtige Punkte keine Einigung zwischen den Beauftragten beider Parteien zu erzielen ist, werden wir die unterschiedlichen Positionen dokumentieren.
2. Am Ende des Parteibildungsprozesses soll eine neue pluralistische Partei der gesamten Linken in Deutschland entstehen. Sie soll die Partei der Menschen aus dem fortschrittlich-demokratischen Spektrum, aus links orientierten Gruppierungen und Parteien, sowie aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen werden. Die Varianten der Parteibildung werden statuarisch, juristisch und vermögens-

rechtlich geklärt und transparent gemacht werden. Der Steuerungsgruppe und ihren Fachgruppen kommt die wichtige Aufgabe zu, Vorschläge für die weitere Debatte im Parteibildungsprozess vorzulegen, die umfassende politische Neugründung der Partei zu konzipieren und die bereits vereinbarte paritätische Besetzung der Gremien der neuen Partei in einem langen Übergangszeitraum statuarisch zu fassen.

Dabei tritt die WASG für einen Zusammenschluss auf gleicher Augenhöhe ein, die mit Neuwahlen auf allen hierarchischen Ebenen verbunden ist. Die Alternative einer neuen Partei wird nur Akzeptanz finden, wenn jede Seite in diesen Prozessen als gleichberechtigt angesehen wird und die jeweilige Identität und damit die jeweiligen politisch-historischen, politisch-kulturellen und programmatischen Unterschiede respektiert werden. Dies schließt eine Parteibildung in Form des Beitritts der einen Partei zu der jeweils anderen Partei prinzipiell aus.

Die neue Partei, die am Ende des Prozesses steht, sollte demokratische Strukturen fortführen und weiterentwickeln, die in der WASG bestehen. Dazu gehören beispielsweise

- die Möglichkeit von Urabstimmungen
- die Vermeidung von Ämterhäufung
- Regelungen zur Trennung von Amt und Mandat bzw. gegen ein zu starkes Gewicht von MandatsträgerInnen und von materiell von der Partei und ihren Mandaten abhängigen Personen in Gremien der Partei
- die Offenlegung der Nebeneinkünfte von FunktionsträgerInnen
- und die Transparenz parteiinterner Diskussionen.

Delegierte zum Bundesparteitag werden von den Kreisverbänden entsandt. Gleichgewicht zwischen Delegierten aus Ost- und Westdeutschland auf Bundesparteitagen und im Länderrat / Parteirat (höchstes Gremium zwischen den Parteitag).

Bereits in den Kooperationsabkommen I und II im Sommer 2005 haben wir gemeinsam mit der Linkspartei.PDS festgehalten: „Konsequente Opposition gegen die neoliberale Politik und machbare Alternativen aufzuzeigen, sehen wir als zentrale Herausforderung, um die Mehrheit der WählerInnen aus der politischen Resignation herauszuholen. (...) Wir wollen eine Demokratische Linke, die nicht nur auf Parlamentsbänken, sondern in den breiten Schichten und insbesondere bei den Menschen, die auf der Schattenseite der Gesellschaft stehen, verankert ist. (...) Beide Seiten bekräftigen, dass der Weg zu einer solchen Formation, in der beide aufgehoben sein können, in Form gleichberechtigter Partnerschaft erfolgt. Deshalb wird in der neuen Partei für einen Übergangszeitraum geregelt, dass in zentralen Gremien einvernehmlich alle Partner paritätisch vertreten sind.“

3. Die Landesverbände und alle Ebenen der Parteien bleiben aufgefordert, gemeinsame Veranstaltungen und Beratungen durchzuführen. Um dies zu unterstützen, wird der Bundesvorstand in Abstimmung mit der Steuerungsgruppe einen Zeitplan für die innere Diskussion, Willensbildung und Beschlussfassung vorschlagen. Auf Bundesebene werden die überregionalen Foren fortgeführt. Diese Foren sollten nicht auf die Parteien beschränkt, sondern offen sein.

Die Alternative einer „Neuen Linken“ entsteht nicht durch einen einmaligen Akt der Fusion sondern entwickelt sich mit Perspektive und jetzt beginnend (bzw. ist in Teilen bereits begonnen) nur durch konstruktive Kooperation und kritischen Dialog der Politikkonzepte. Sie kann weder von „oben nach unten“ verordnet noch von „unten nach oben“ heranwachsen; sie muss auf allen Ebenen

parallel überall dort entwickelt werden, wo Widerstand gegen unsoziale und undemokratische Verhältnisse von Nöten ist und linke Alternativen gefragt sind. Die Zusammenarbeit und der Dialog muss deshalb auf allen Ebenen – örtlicher, regionaler, Landes- wie Bundesebene – intensiviert und auf all diesen Ebenen durch paritätisch von WASG und Linkspartei.PDS besetzte Moderatorenkreise (ohne Entscheidungs- und Lenkungscompetenz für die Beteiligten) organisiert werden. Dies schließt die Beteiligung weiterer linker Gruppierungen und sozialer Kräfte an diesen Kooperations- und Dialogprozessen nicht aus sondern ein.

Der Parteibildungsprozess muss in jeder Phase transparent und nachvollziehbar sein. Neben den Mitgliedern der WASG und der Linkspartei sollten möglichst viele Menschen aus linksorientierten sozialen und politischen Basisbewegungen und Gruppierungen einbezogen werden, die noch nicht Mitglied der WASG oder der Linkspartei sind. Die verschiedenen Ebenen der WASG werden aufgefordert durch gemeinsame politische Diskussionen, Projekte, Aktionen Kampagnen und Wahlkämpfe das Zusammenwachsen der linken Kräfte zu fördern.

4. Bei künftigen Wahlen muss sich der Charakter der neuen Linken sowohl in der Listennominierung als auch der Namensgebung und in der Wahlkampfgestaltung widerspiegeln und der Parteibildungsprozess unterstützt werden. Über die Form des Antritts und der Listennominierung wird einvernehmlich und kooperativ entschieden. Eine Kandidatur gegeneinander soll damit ausgeschlossen werden. Wahlkämpfe, Kandidaturen, Wahlprogramme und Regierungsaussagen werden deshalb gemeinsam anhand von politisch-inhaltlichen Zielvorstellungen diskutiert und entschieden. Eine generelle Festlegung, ob und wie und wann eine linke Partei sich an Regierungen beteiligen sollte, ist nicht sinnvoll.

„An einer Regierung in Land oder Bund werden wir uns nur dann beteiligen, wenn dies zu einem grundlegenden Politikwechsel in Richtung unserer Forderungen führt.“ Dieser Passus des Gründungsprogramms bedeutet für uns, dass wir gemeinsam im Parteibildungsprozess Maßstäbe für unsere Arbeit auf kommunaler, Landes- und Bundesebene entwickeln müssen. Dazu gehört beispielsweise, Freiheits-, Arbeits- und soziale Rechte zu verteidigen, für die stärkere Belastung großer Einkommen und Unternehmen einzutreten (Vermögenssteuer, Anhebung Spitzensteuersatz), Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge (u.a. Verkehr, Energie, Wasser, Gesundheit, Bildung) zu stoppen und sukzessive rückgängig zu machen und Konfliktprävention und Konversionsprogramme anstelle einer international einsatzfähigen Armee zu fördern.

5. Der in den Vereinbarungen festgelegte gemeinsame Beirat (aus VertreterInnen verschiedenster gesellschaftlicher Bereiche) zum Parteibildungsprozess muss nun umgehend gebildet werden. Dieser soll den Parteibildungsprozess beratend begleiten sowie im Konfliktfall angerufen werden können.
6. Zu zentralen und aktuellen Themenfeldern werden Bildungsbausteine und Bildungsangebote entwickelt.
7. Die Öffentlichkeitsarbeit der Partei muss stärker der Tatsache Rechnung tragen, dass ein Teil unserer Mitglieder nicht mit Internet erreichbar ist. Es sollen deshalb verstärkt eigene Printmedien der WASG herausgegeben werden.
8. Zentrale politische Kampagnen und die Schwerpunkte der Fraktionsarbeit müssen für eine bessere öffentliche Präsenz und Wirksamkeit entwickelt und koordiniert

werden. Die Parteivorstände und der Fraktionsvorstand werden deshalb aufgefordert, eine gemeinsame Koordinierungsgruppe für Kampagnenplanung und Öffentlichkeitsarbeit zu bilden, die regelmäßig tagt und einvernehmlich entscheidet.

9. Die Kontaktstelle Außerparlamentarische Bewegungen der Fraktion ist ein gutes und wichtiges Signal für die Verzahnung parlamentarischer Arbeit und außerparlamentarischer Bewegung. Der Dialog und die Verständigung mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und globalisierungskritischen Vereinigungen muss vorangetrieben werden. Die Aufgabe der politischen Koordination muss aber bei den Parteivorständen liegen. Insbesondere der Kontakt zu den Gewerkschaften muss durch die Parteien intensiviert werden. Die Vorstände beider Parteien werden deshalb aufgefordert, ein gemeinsames Koordinierungsbüro Gewerkschaften zu bilden und zu finanzieren.
10. Im 1. Halbjahr 2006 werden auf den Landesparteitagen die bisherigen Ergebnisse und Erfahrungen der regionalen Kooperationen und der Foren ausgewertet und Vorschläge für den weiteren Rahmen des Parteibildungsprozesses formuliert.
11. Im 2. Halbjahr 2006 wird in einem weiteren Parteitag Bilanz über die weiteren Fortschritte und Probleme im Parteibildungsprozess gezogen und die Programmdebatte fortgesetzt.
12. Aufgabe der Steuerungsgruppe ist es, den Parteigremien Vorschläge über den weiteren Zeitplan der Parteibildung zu machen und den Zeitpunkt für die Parteitage der beiden Parteien vorzuschlagen, auf denen die Ergebnisse des Prozesses bewertet und die entsprechenden Beschlüsse über die Einleitung der Urabstimmung in beiden Parteien gefasst werden.

Ein Parteibildungsprozess lebt von starken und aktiven Partnern und selbstbewussten Beteiligten. In diesem Sinne ist es sinnvoll und erforderlich, dass die eigenen WASG-Strukturen aufgebaut und gestärkt werden. Manche politischen Kampagnen insbesondere im Westen werden noch geraume Zeit nur von der WASG getragen oder ausgelöst werden können. Deshalb sind alle Ebenen der Partei aufgefordert, die Mitgliederwerbung zu intensivieren, damit die materielle Lage der Partei zu verbessern und sie damit für den Parteibildungsprozess zu stärken. Konkurrenz um Neumitglieder, Abwerbe- und Beeinflussungsstrategien verbieten sich zwischen Partnern einer künftigen gemeinsamen Partei. Parteirechtlich sinnvolle Doppelmemberschaften dürfen nicht zur gegenseitigen Durchdringung der Mitgliedschaften missbraucht werden. In den nächsten Monaten wird aber in immer mehr Bereichen des Parteilebens der WASG und der Linkspartei zusammengearbeitet und gemeinsame Strukturen entwickelt. Wir werden dies nicht sanktionieren.

Ungleichzeitigkeiten sind dabei nicht zu verhindern, sie hängen von den Menschen in den Regionen ab und sind nicht zu reglementieren. Die verschiedenen Ebenen der WASG werden dies den Satzungen entsprechend handhaben.

Wir fordern daher alle Gliederungen unserer Partei dazu auf, den in zwei Urabstimmungen geäußerten demokratischen Willen der Mehrheit der Mitglieder der WASG zu respektieren und in einen konstruktiven Dialog mit der Linkspartei zu treten. Wir fordern die Linkspartei dazu auf, dieses Angebot ernst zu nehmen. Dazu gehört auch, sich intensiv mit der geäußerten Kritik auseinanderzusetzen. In Anbetracht der Regierungsbeteiligungen der Linkspartei in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern gilt: linke Politik muss sich an dem messen lassen, was für die Menschen erreicht wurde, und welcher Beitrag zu einer umfassenden Veränderung der Kräfteverhältnisse im Kampf gegen neoliberale Politik geleistet wurde. Dies sollte Schwerpunkt einer kritischen, gemeinsam durchgeführten Analyse der Politik in den angesprochenen Ländern sein.

Begründung:

Der Parteibildungsprozess zur Neuformierung der Linken in Deutschland wird begleitet von heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der WASG. Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder ist sich darüber einig, dass eine neue linke Partei gewollt ist. Unterschiedliche Auffassungen bestehen darüber, wie dieser Prozess gestaltet werden soll.

So hatten die Landesvorstände von drei Bundesländern eine vorzeitige Urabstimmung beantragt, um gegen die Tatsache, dass ein *„Teil der Medien jeden noch so kleinen Konflikt innerhalb oder zwischen beiden Parteien in die Öffentlichkeit (zerrt), um das Bild der zerstrittenen und gespaltenen Linken zu festigen“* (...) *„ein klares Zeichen zu setzen und die Mitgliedschaft zu befragen“*. Der Prozess zur Bildung einer neuen Partei solle *„nicht länger ergebnisoffen hinsichtlich der Frage, ob es eine neue Partei geben wird, geführt werden“*.

Dagegen haben VertreterInnen aus sieben Landesverbänden in einem Appell an die Initiatoren eingewandt, dass *„eine Urabstimmung ... über konkrete Schritte der Ausgestaltung dieses Prozesses (...) vor dem Bundesparteitag eine starke innerparteiliche Belastungsprobe darstellen (würde), weil sie der notwendigen Klärung in den Landesverbänden und den Kreisen sowie auf dem Bundesparteitag vorausginge.“*

In verschiedenen Landesverbänden zeigen sich andere Konflikte und Belastungsproben, die oft den regionalen Besonderheiten geschuldet sind. Genannt seien hier nur die Regierungsbeteiligungen der Linkspartei in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin.

Über diese Kontroversen gerät dabei manchmal aus dem Blickfeld, dass in der Entwicklung des Parteibildungsprozesses schon wesentliche Fortschritte gemacht wurden:

Die paritätische Steuerungsgruppe und ihre Arbeitsgruppen arbeiten intensiv an Vorschlägen zu den zu klärenden Fragen.

Die gemeinsame Programmgruppe hat vor wenigen Wochen ihren Entwurf eines programmatischen Eckpunktepapiers vorgelegt, das jetzt intensiv in der Partei auf allen Ebenen diskutiert wird.

Zehn gesellschaftspolitische Foren wurden durchgeführt. Deren publizistische Auswertung und Veröffentlichung durch eine gemeinsame Autorengruppe steht unmittelbar bevor.

Der Bundesvorstand hat die Durchführung und die Fragestellung der Urabstimmung letztlich aufgrund der Tatsache unterstützt, dass der kommende Parteitag nicht auf Basis von neu gewählten Delegierten entsprechend der gewachsenen Mitgliederzahlen durchgeführt werden kann. Angesichts dieser Situation war das Einholen eines Meinungsbildes ein sinnvoller Schritt zur Versachlichung der Debatte.

Der Bundesvorstand geht davon aus, dass das Ergebnis der Urabstimmung von den Delegierten des Parteitages als Meinungsbild der Parteimitgliedschaft respektiert und als Arbeitsauftrag verstanden wird, den Parteibildungsprozess zu konkretisieren.

Die Herausforderungen

Die Menschen in Deutschland brauchen notwendiger denn je eine starke gesellschaftliche Opposition gegen den aggressiven neoliberalen Umbau der Gesellschaft. Während auf der einen Seite die Unternehmen und Vermögenden neue Rekordzahlen bei ihren Gewinnen und Einkommen melden (Deutsche Bank: Eigenkapitalrendite 26 %), kämpfen viele Belegschaften und Beschäftigungslose mit ihren Gewerkschaften gegen Lohnkürzung und gegen Arbeitszeitverlängerung und für den Erhalt der Arbeitsplätze, für die Verringerung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Einkommen.

Im Kampf gegen diese neoliberale Umverteilungslogik engagieren sich neben Gewerkschaften, Sozialverbänden, globalisierungskritischen Bewegungen auch die WASG und die Linkspartei. Die von 4,1 Mio. BürgerInnen in den Bundestag gewählten 54 Abgeordneten werden dieser gesellschaftlichen Opposition eine öffentliche, parlamentarische Stimme geben.

Dem Linksbündnis ist es zu verdanken, dass den Menschen nach der Bundestagswahl eine radikalere Version der neoliberalen Agenda erspart geblieben ist. Die weiteren Aufgaben des Linksbündnisses sind damit umrissen:

Die schwarz-rote Koalition muss bei den geplanten weiteren Einschnitten in das soziale Netz und der neoliberalen Modernisierung des Wirtschaftsstandortes Deutschland mit entschiedenem Widerstand rechnen. Es gibt Alternativen zu ökonomischer Stagnation, Massenarbeitslosigkeit, Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme, desaströsen öffentlichen Finanzen, ökologischem Raubbau und als Terrorismusbekämpfung kaschierter Kriegspolitik. Die Popularisierung von gerechten sozialen und politischen Alternativen – nicht nur durch die parlamentarischen RepräsentantInnen – ist eine Hauptaufgabe, um breitere gesellschaftliche Verankerung zu gewinnen.

Viele WählerInnen haben mit ihrer Stimmabgabe für die Perspektive einer vereinigten Partei der politischen Linken votiert. Linkspartei.PDS und WASG haben in den nächsten Monaten die Aufgabe, die Weichen für eine neue Linkspartei zu stellen. Die Linke muss nicht alle Fragen und strategischen Überlegungen abschließend geklärt haben, um wirksamen Widerstand gegen den neoliberalen Gesellschaftsumbau organisieren zu können. Wie bisher schon in der WASG werden auch in der neuen Linkspartei die Debatten über Programm und Strategie fortgesetzt.

Mit den Erfolgen wächst die politische Verantwortung gegenüber den Wählern in allen Bundesländern, gegenüber sozial besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen, die der neuen Bewegung ihre Zustimmung gaben, und gegenüber Belegschaften, die in ihren Kämpfen durch Abgeordnete der Linken unterstützt werden (AEG, Telekom...) Die Fraktion „die Linke“ wird von der Öffentlichkeit, aber auch von den Zielgruppen der WASG bereits als eine gemeinsame linke Kraft wahrgenommen.

Die Linke kann sich im Parteibildungsprozess kein Scheitern erlauben, weil sonst eine weitere Schranke gegen die Barbarei des Neoliberalismus in der Politik, in der Arbeitswelt und in den Köpfen der Menschen mutwillig eingerissen würde.

Um den parlamentarischen und außerparlamentarischen Widerstand zu bündeln und zu stärken, wollen wir in den nächsten Monaten eine neue pluralistische Partei der Linken in Deutschland als gesellschaftliche Alternative entwickeln.

Wo wir stehen

In drei Grundsatzvereinbarungen haben die beiden Parteien den Rahmen und die Zeitperspektive des Parteibildungsprozesses skizziert.

Zur Begleitung und Organisation des Parteibildungsprozesses haben beide Parteien eine gemeinsame, paritätisch besetzte Steuerungsgruppe gebildet, in der alle inhaltlichen und organisatorischen Grundfragen des Parteibildungsprozesses beraten und Aufträge an die Fachgruppen vergeben werden. Paritätisch besetzte Fachgruppen zur Programmatik und politischen Strategie, zu statuarisch-organisatorischen Fragen, zu finanziell-materiellen und rechtlichen Fragen zu internationalen Parteibeziehungen sind bereits gebildet. Deren Arbeitsergebnisse werden auf allen Ebenen der Partei zu diskutieren, abschließend auf einem Parteitag zu beraten und letztlich per Urabstimmung zu entscheiden sein.

Nach der Urabstimmung im Juni 2005, in der die Mitglieder deutlich für eine Orientierung auf eine gemeinsame Partei der deutschen Linken stimmten und als Sofortmaßnahme für einen gemeinsamen Wahlantritt der WASG und der Linkspartei.PDS votierten, hat sich die Zahl der Mitglieder der WASG mehr als verdoppelt. Beide Parteien können auf eine gemeinsam und erfolgreich bestrittene Bundestagskandidatur zurückblicken. Über den gemeinsamen Wahlkampf sind an vielen Orten gemeinsame Arbeitsstrukturen entstanden, und das politische Vertrauen zwischen beiden Parteien ist gewachsen. Vier Landesverbände haben Wahlkämpfe der WASG und der Linkspartei gemeinsam mit vielen Vertretern aus sozialen Bewegungen erfolgreich gestaltet. Andere werden diesem Weg folgen. Darüber hinaus haben sich viele Mitglieder beider Parteien auf den Ebenen der Kreise, der Länder und im Bund in vielfältigen Veranstaltungen, Foren und gemeinsamen Versammlungen über gemeinsame politische Inhalte und Ziele verständigt.

Erste wesentliche Schritte des Parteibildungsprozesses sind eingeleitet – mit zunehmender Konkretisierung der Vorstellungen über die Organisation und das Profil einer neuen Partei entstehen (neue) Diskussions- und Streitthemen. Es gilt, die Auseinandersetzungen um Programm und Satzung als produktive Chance zu nutzen. Solidarische Kritik ist erwünscht und notwendig.

Die Schaffung einer neuen Partei erfordert eine große politische Anstrengung aller Beteiligten und wird Veränderungen für alle bedeuten.

Die Neuformierung eines Linksbündnisses wird nicht einfach sein, ist aber ein lohnenswertes und machbares Projekt.

Die Gründung einer neuen Partei der Linken bedeutet keine Einschränkung der politischen Debatte, sondern sie schafft – im Gegenteil - größeren Raum für die politische Auseinandersetzung mit den zentralen Zukunftsaufgaben: für den Frieden, für soziale Gerechtigkeit und für die Erarbeitung und Verbreitung sozialer und demokratischer Alternativen anstelle und gegen neoliberalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsentwürfe.